

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

29.6.1928 (No. 150)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf. Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Wohnungsbau mit Auslandsgeld

Allgemeine Übereinstimmung herrscht heute darüber, daß die Aufkommen aus der Hauszinssteuer nicht ausreichen, um die allgemeine Wohnungsnot zu vermindern.

Trotz aller grundsätzlichen und durchaus berechtigten Bedenken gegen eine Wohnungsbaufinanzierung mit Auslandsgeldern hat sich eine Beratungskommission für Auslandsanleihen aus den oben umschriebenen Erwägungen heraus entschlossen, eine neue kontingentierte Auslandsanleihe für Wohnungsbauzwecke zuzulassen.

Eine Reihe der mit Quoten ausgestatteten Institute, namentlich die Deutsche Landesbankzentrale, hat die Verhandlungen mit den amerikanischen Banken schon aufgenommen, so daß Schwierigkeiten hier kaum mehr zu erwarten sind.

Der Vatikan gegen die Löwener Inschrift

W.V. London, 29. Juni (Tel.) Der römische Korrespondent der „Morning Post“ erfährt, auf Anfrage des Direktors der Universitätsbibliothek habe Kardinalstaatssekretär Gasparri sein Einverständnis mit denen bezeugt, die der Meinung sind, daß der geplante Wortlaut Leidenschaften wieder beleben würde.

Letzte Nachrichten

Die erste Sitzung des Kabinetts

W.V. Berlin, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Reichskanzler Hermann Müller hat heute mittag die Dienstgeschäfte übernommen. Um 11 Uhr vormittags fand im Reichskanzlerbau die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts unter Leitung von Hermann Müller statt.

An den von Berlin abwesenden Außenminister Dr. Stresemann wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

Gestern trat unter dem Vorsitz des bisherigen Reichskanzlers Marx das alte Reichskabinett zu seiner letzten Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung wurden die üblichen Dankesbezeugungen gewechselt.

Der Reichspräsident an den Reichskanzler Marx und die scheidenden Reichsminister

W.V. Berlin, 29. Juni. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Dr. Marx und den gleichfalls aus dem Amte scheidenden Reichsministern in herzlichen Schreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen.

In dem Schreiben an Dr. Marx heißt es: „Stets und in allen Stunden, sei es als Richter, als Abgeordneter, als Reichsminister und als Reichskanzler verschiedener Kabinette, haben Sie sich bei Ihrer Amtsführung nur leiten lassen von dem einen Gesichtspunkt der Arbeit am Wohle des ganzen Volkes.“

An den gleichfalls ausscheidenden Vizekanzler und Reichsminister der Justiz, Fergl, schrieb der Reichspräsident u. a.: „Mit Umficht und Tatkraft haben Sie stets Ihr verantwortungsvolles Amt als Chef der Reichsjustizverwaltung und Vertreter des Reichskanzlers geführt, und dabei Ihre reichen, in früherer bewährter Ministerstätigkeit und langjähriger parlamentarischer Arbeit gewonnenen Erfahrungen zum Wohle des Reiches nutzbar gemacht.“

Der bisherige Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, erhielt ein Schreiben, in dem gesagt wird: „In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krisis der Landwirtschaft haben Sie Ihr Ministerium mit tatkräftiger Hand geführt und es verstanden, die Notlage der deutschen Landwirtschaft im Rahmen des Möglichen zu erleichtern und Wege zu ihrer hoffentlich dauernden Besserung zu finden.“

In dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns heißt es: „Gerade vor acht Jahren haben Sie dieses verantwortungsvolle Ministerium übernommen und es seither durch einen Zeitabschnitt schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen hindurchgeführt. Daß es trotz aller Krisen gelungen ist, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten und zu festigen, daß es möglich gemacht wurde, die Lage der arbeitenden Klassen, der Sozialrentner und der Kriegsbeschädigten zu verbessern, ist in erster Linie Ihr Werk, für das Ihnen namens des Reichs wie im eigenen Namen zu danken wir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis ist.“

Gegenüber dem Herr Reichspräsident auch den scheidenden Reichsministern Dr. h. c. Koch, Dr. Köhler und Dr. von Kundell in persönlichen Schreiben seinen herzlichsten Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.

Das Ernennungsdekret des Kabinetts Müller

Amlich wird uns mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler a. D., Reichsminister a. D. und Abgeordneten Hermann Müller-Franken zum Reichskanzler ernannt. Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers hat der Herr Reichspräsident die bisherigen Reichsminister Dr. Stresemann (Auswärtiges), Dr. Curtius (Wirtschaft), Gröner (Reichswehr), Schäpel (Reichspost), in ihren Ämtern bestätigt und ferner den preussischen Staatsminister a. D., Abg. Severing zum Reichsminister des Innern, den Reichsminister a. D., Abg. Dr. Hilferding zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D., Abg. Wiffel zum Reichsarbeitsminister, den badiischen Minister a. D. Dietrich-Baden zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister a. D. Koch-Weser zum Reichsjustizminister und den Geh. und Oberregierungsrat, Abg. v. Guérard zum Reichsvertehrungsminister ernannt.

Dr. Fildner beim Reichspräsidenten

W.V. Berlin, 29. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute Dr. Fildner, er ließ den Forscher in der Heimat herzlich willkommen, und ließ sich von ihm eingehend einen Bericht über seine letzten Expedition durch Zentralasien erstatten.

* Das Kabinett Müller-Franken gebildet

Wir konnten gestern bereits in einem kurz vor Redaktionsschluss eingetroffenen Telegramm unseres Berliner Mitarbeiters mitteilen, daß in der Tat noch in der letzten Minute eine Einigung stattgefunden hat, und zwar dadurch, daß die Zentrumsfraktion einlenkte.

Auch die Zentrumsfraktion weist darauf hin, daß es zu den Komplikationen des vorgestrigen Tages gar nicht gekommen wäre, wenn die Fraktion rechtzeitig, das heißt gleich zu Beginn der Verhandlungen ihre Ansprüche angemeldet hätte. Nach den Vorgängen innerhalb der Deutschen Volkspartei wird man sich ja nicht zu wundern brauchen, wenn auch einmal in einer anderen Partei nicht gleich mit der Blamgängigkeit operiert wird, die dem Gebot der Stunde entsprochen hätte.

Nun, man kann wohl heute einen Strich unter die letzte Vergangenheit ziehen und mit Genugtuung feststellen, daß das Kabinett Müller im wesentlichen auf der Grundlage zustande gekommen ist, die von vornherein dafür gedacht war. Auch heute noch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß es sich hier um ein Kabinett der Großen Koalition handelt, mag dabei nun eine besondere Bindung der Fraktionen vorliegen oder nicht.

Das klingt recht unerfreulich. Allerdings dürfte der Drei nicht so heiß gegessen werden, wie er aufgetragen wird. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß auch die Deutsche Volkspartei es sich dreimal überlegen wird, bevor sie das Kabinett stürzt.

Stresemann und Curtius sind und bleiben aber führende und markante Mitglieder der Partei, sie beide sind Minister des Kabinetts auf zwei weithin sichtbaren Posten. Ihr Einfluß im Kabinett wird gewiß nicht gering sein. Aber selbstverständlich werden sie die Tatsachen zu berücksichtigen haben, daß auch noch andere Parteien im Kabinett sind.

Recht töricht ist es, wenn jetzt von einem Teil der deutschvolksparteilichen Presse die Behauptung gewagt wird, daß das Kabinett ein sozusagen sozialistisches Kabinett sei, und daß die Sozialdemokraten allein für die politische Richtung des Kabinetts voll verantwortlich seien.

lich das Reichskanzleramt (Hermann Müller), das Reichsinnenministerium (Severing), das Reichsfinanzministerium (Hilferding) und das Reichsarbeitsministerium (Wissel). Ihnen stehen 7 Minister aus anderen Parteien gegenüber, nämlich: die Deutschvolksparteiler Stresemann (Auswärtiges) und Curtius (Wirtschaft), die Demokraten Dietrich (Ernährung und Landwirtschaft) und Koch (Justiz), das Mitglied der Bayerischen Volkspartei Schädel (Reichspost), General Groener (Reichswehr), und der Zentrumsführer von Guérard (Verkehr und besetzte Gebiete). Gewiß sind es sehr wichtige Ministerien, die der Sozialdemokratie zugefallen sind, aber auch das Außenministerium, das Wirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Reichswehrministerium zählen zu den besonders wichtigen Ressorts. Und die ziffernmäßige Stärke der Sozialdemokraten im Kabinett beträgt eben doch nur 4 zu 7.

Was die Stellung des Zentrums zum Kabinett anlangt, so ist verabredet worden, daß im Herbst noch andere Mitglieder des Zentrums ins Kabinett eintreten. Das Reichsarbeitsministerium und das Reichsjustizministerium sind nur provisorisch besetzt worden. Sie bleiben dem Zentrum gewissermaßen zur Verfügung. Man nimmt an, daß im Herbst mit der Frage der Erweiterung des preussischen Kabinetts auch diese Frage in zufriedenstellender Weise gelöst werden wird.

Schon in den nächsten Tagen wird das Kabinett vor den Reichstag treten und um ein Vertrauensvotum bitten. Ist dieses erteilt, so soll der Reichstag bis zum Herbst vertagt werden.

Frankzösische und englische Stimmen zur Regierungsbildung

Soweit die Presse zur Regierungsbildung in Deutschland Stellung nimmt, spricht sie sich mit Zurückhaltung aus. „Deure“ schreibt, daß sich im Laufe der Verhandlungen manches Seltsame gezeigt habe, jedoch dürfe man nicht vergessen, daß dieses von Stresemann gewollte Kabinett unter der Präsidentschaft von Müller-Franke in der Lage sei — wenn es trotz seines sonderbaren Aussehens am Leben bleibe — die Politik von Locarno weiter zu verfolgen.

„Populaire“ fragt: Wird die sozialistische Vertretung der Regierung so festgelegt sein, wie es unsere Kameraden wünschen? Wird die Zwischenlösung bis Oktober zur Bildung einer neuen Regierung führen, die Garantien mit Stabilität und der Kraft bietet?

Der „Figaro“, das Blatt des Parfümfabrikanten Coty, schreibt, die Ernennung Hermann Müllers zum Kanzler verhin-dere nicht Aufrufe zum Daß, Aufreizung zur Bewaffnung und den ganzen Revanchefeldzug, der in Locarno nicht vorgesehen gewesen sei.

Der „Gaulois“ schreibt, das Kabinett sei vielleicht nur ein Übergangsministerium. Die deutschen politischen Kreise erwarteten von ihm nur eine günstige Lösung der Rheinlandfrage, eine Gesamtlösung der Kriegsschulden und eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung. Wodurch würde es noch immer Zeit sein, sich mit innerer Politik zu beschäftigen, über die sich die parlamentarischen Kreise und ihre Führer nicht hätten einigen können.

Zur Bildung des Reichskabinetts bemerkt der Berliner „Times“-Vertreter: Die Mehrheit der Deutschen hat seit einiger Zeit erkannt, wie wichtig es ist, daß Dr. Stresemann das Ministerium des Äußeren behält. Er hat stets die Unterstützung der Parteien der Großen Koalition bei seiner auswärtigen Politik gehabt, selbst wenn sie nicht in der Regierung vertreten waren, und es war seit einiger Zeit vor den Reichstagswahlen ein offenes Geheimnis, daß er von der mächtigsten Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen genug hatte und hoffte, die Wahlergebnisse würden ihm Kabinettskollegen aus den Parteien geben, die seiner Politik mehr Wohlwollen zeigen.

Erregte französische Kammeritzung

Die Aussprache in der Kammeritzung am Donnerstag über den Antrag Walter auf Freilassung der Abgeordneten Midlin und Koffé nahm einen überaus regen Verlauf. Als der Kammerpräsident dem Abgeordneten Walter das Wort entzog, erklärte dieser, daß man den Vertretern des Elsaß das Recht nehmen wolle, in der französischen Kammer zu sprechen. Der sozialistische Abgeordnete Prot warf den Freunden Midlins und Koffés vor, daß sie für das Elsaß ein besonderes Recht durchzusetzen versuchen würden, was erneuten Protest auslöste. Abg. Raibel trat gleichfalls für die Haftentlassung Midlins und Koffés ein und betonte, daß sie ja mehr als die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hätten. Poincaré bestritt dies, worauf es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen den elsässischen Abgeordneten Walter und Broglh und Poincaré kam. Raibel, der nochmals von Poincaré in seinen Ausführungen unterbrochen wurde, bezeichnete es als beklagenswert, daß man die Bewegung im Elsaß als eine separatistische hinstellen wolle. Der Zoberner Abgeordnete Dahlet erklärte, wenn die Kammer die beantragte Debatte ablehne, werde das eine moralische Entscheidung zwischen Frankreich und dem Elsaß zur Folge haben, was großen Tumult auslöste. Die Ausführungen des Mülhau-sener Abgeordneten Grumbach, daß die elsässischen Abgeordneten es seien, die an einer Scheidung zwischen Frankreich und dem Elsaß arbeiteten, entseßelten bei letzteren stürmischen Protest. Als Abgeordneter Walter das Wort wieder ergreifen wollte, wurde er von den Sozialisten mit einem Pulverdelongier empfangen, das ihn längere Zeit am Neben hinderte. Er richtete einen Appell an den Ministerpräsidenten, der schredlichen Lage im Elsaß ein Ende zu bereiten und beantragte die Freilassung von Midlin und Koffé. Darauf fand unter andauernder Erregung die Abstimmung statt. Der Antrag Walter, auf Freilassung von Midlin und Koffé wurde mit 420 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Nach der Abstimmung gab der Abgeordnete Walter in den Banbelgängen der Kammer eine von zehn elsässischen Abgeordneten unterzeichnete Erklärung bekannt, in der diese die Ablehnung der Freilassung der Abgeordneten Midlin und Koffé tief bedauern und die Regierung für diese Abstimmung verantwortlich machen, die dazu angetan sei, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der wiedergewonnenen Provinzen gegen die Regierung und die Kammer aufzubringen und den französischen Gedanken in jenen Provinzen schwer zu kompromittieren.

In bezug auf die Abstimmung, welche der Kammerdebatte über die allgemeine Politik der Regierung folgen soll, hat sich Poincaré in Gesprächen mit Politikern schon jetzt gegen jede Tagesordnung ausgesprochen, die nicht mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Regierung die Billigung aller Teile der Regierungserklärung enthielte.

Aus dem Reichstage

BRV. Berlin, 29. Juli. (Tel.) Nach den anstrengenden Arbeitstagen haben die meisten Abgeordneten schon am Donnerstag Berlin verlassen. Nur wenige Kolititer fanden sich am Freitag noch im Reichstag ein. Der neue Arbeitsminister Wissel hatte eine Konferenz mit seinem Staatssekretär Seib, von dem er sich über die dringendsten Geschäfte seines Ministeriums unterrichten ließ. Die Fraktionen kommen erst in der nächsten Woche wieder zusammen, und zwar die Deutschnationalen am Montag vormittag, das Zentrum am Dienstag vormittag, die Sozialdemokraten am Dienstag nachmittag, und die Demokraten nach Schluß der ersten Plenarsitzung des Reichstags.

Am Dienstag um 1 Uhr tritt auch der Amnestieausschuß im Reichstage zusammen. Die Reichstagsitzung, in der Reichskanzler Müller seine Regierungserklärung abgibt, beginnt am Dienstag, um 3 Uhr.

Dem Reichspräsidenten ein Enkel geboren

BRV. Berlin, 29. Juni. (Tel.) Dem Major von Hindenburg wurde heute nacht ein Sohn geboren. Es ist der erste Enkel des Reichspräsidenten, der den Namen Hindenburg trägt.

Aufklärung über die Spionageaffäre Lembourn

Der unter Spionageverdacht an der deutsch-dänischen Grenze verhaftete dänische Infanteriehauptmann Lembourn ist nach Berlin übergeführt worden, wohin auch inzwischen seine in Berlin verhafteten Helfershelfer transportiert worden sind. Lembourns Vorgehen in Berlin läßt übrigens, wie eine Korrespondenz mitteilt, nach den bisherigen Feststellungen nicht auf viel Routine in der Spionagetätigkeit schließen, denn der Offizier hat sich einfach im Kino an ein Mädchen herangemacht und dieses beauftragt, für ihn Auskunft über gewisse militärische Fragen einzuziehen. Das Mädchen ging noch naiver vor als sein Auftraggeber, und begab sich kurzerhand zu einer hohen Reichswehrbehörde, wo man die Auskunftsbeisende schon nach ihren ersten eindeutigen Fragen an die richtige Stelle, nämlich zur Spionageabwehr, brachte, wo dann alles weitere veranlaßt wurde.

Günstige Aufnahme der Kellogg-Note in Frankreich

Brüand hat dem Ministerrat die letzte Note Kelloggs über die Achtung des Krieges zur Kenntnis gebracht. In ihrer Gesamtheit wurde die amerikanische Note auf den ersten Blick für befriedigend erachtet, weil sie den von der französischen Regierung früher geäußerten Vorbehalten Rechnung trägt. Indessen muß das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten seine Prüfung besonders von dem juristischen Standpunkt fortsetzen. Andererseits wünscht die französische Regierung, ehe sie Washington antwortet, naturgemäß die Einstellung der übrigen zur Unterzeichnung des geplanten Paktes berufenen Mächte und insbesondere die Auffassung der Signatarstaaten von Locarno kennenzulernen. Es ist daher verfrüht, zu berichten, daß das französische Kabinett die Unterzeichnung des amerikanischen Paktes schon beschlossen habe. Seine Zustimmung ist wahrscheinlich, aber sie steht noch nicht fest.

10 Jahre Zuchthaus für einen gefährlichen Schwindler

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Kaufmann Julius Jacoby aus Königsberg wegen vollendeten und versuchten Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall in 41 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte hat als Frauenaarzt, Stadtarzt, Kreisarzt, Professor, Oberbaurat und Regierungsrat jahrelang Diebstähle ausgeführt, indem er Zimmer und Wohnungen besetzte, dann um ein Glas Wasser bat, und die Zeit, wo er unbeaufsichtigt war, zu Wohnungsdiebstählen benutzte. Seiner Verurteilung hat er sich jahrelang in raffiniertester Weise durch Verbringung aller möglichen Alibis und zu entziehen gewußt. Seine letzte Aufseherleistung war, daß er bei ministeriellen Dienststellen und Gerichtsbehörden persönlich erschien, sich als der Bruder des Angeklagten Jacoby, Oberstudienrat Jacoby, einführte und sich darüber beschwerte, daß man seinen schwerkranken Bruder in Haft nehmen wolle. In verschiedenen Fällen hat der Angeklagte in dieser Rolle wenigstens den Erfolg gehabt, daß Rückfragen an die verfolgenden Behörden von übergeordneter Stelle ergingen, wobei sich dann aber der Trick bald genug herauskam.

Ein großer internationaler Bankswindel aufgedeckt

BRV. London, 29. Juni. (Tel.) „Daily Express“ berichtet über ein großes Schwindelmanöver, durch das eine Anzahl Banken schwer geschädigt wurde. Eine Bande internationaler Vertreter hat mit Hilfe unechter Kreditbriefe von Londoner und Brüsseler Banken Beträge in Gesamthöhe von 80 000 Pfund Sterling erhoben.

Die Presse der Deimabewegung. Jetzt ist der erste Versuch gemacht worden, die im vorigen Herbst durch die unausgesehenen französischen Regierungsverbote vernichtete Presse der Deimabewegung wieder aufzurichten. Es erscheint ein Wochenblatt, ähnlich der vergangenen „Zukunft“, als dessen Herausgeber der neue autonome Abgeordnete von Baden, Camille Dahlet, erscheint, und das den Titel „Freie Zeitung“, unabhängiges Deimatomorgan für Freiheit, Recht und Frieden, führt. Der „Erfasser“ läßt in seiner Stellungnahme zu dem neuen Blatt durchblicken, daß nicht viel fehle, daß die Bewegung auch das neue Blatt durch die Polizei abwürgen ließ. Sie scheint es nur deshalb nicht gewagt zu haben, weil der politische Leiter eben ein Abgeordneter war.

Ein Schwede Sieger im Schubert-Wettbewerb

Die Jury des Internationalen Schubert-Wettbewerbes hat den von der Columbia-Grammophon-Gesellschaft gestifteten Preis von 10 000 Dollar an den Schweden Kurt Atterberg verliehen. Die Columbia-Gesellschaft beschloß, angeregt durch den Erfolg des Wettbewerbes, ein internationales Parlament für Musik zu errichten, dessen Pläne von Prof. Schillings und B. Damrosch bei der Preisverteilung bekanntgegeben wurden. Die Columbia-Gesellschaft wird in dem nächsten zehn Jahren jährlich 5000 Dollar für diejenige beste Arbeit stiften, welche die Musik des Vorjahres am besten übertrifft hat. Die Preise können sowohl an Einzelpersonen als auch an Gesellschaften verliehen werden und sollen eine Lücke im Nobelpreis ausfüllen. Es wird hier ein Parlamentarismus für die Förderung der Musik errichtet, der seine erste Sitzung in Wien abhalten wird.

Atterberg erhielt den Preis für seine Symphonie in G-Dur, ein Werk, das als das beste aus 500 Partituren ausgewählt worden war. Atterberg, ein Mann von vierzig Jahren, ist in Göttingen in Schweden geboren und studierte in Deutschland. Er ist Komponist vieler Symphonien und Orchesterwerke und Präsident der schwedischen Gesellschaft der Tonkünstler.

Fördert die Reichsheimstätten

Durch das Reichsheimstättengesetz soll versucht werden, möglichst vielen deutschen Familien den Zugang zum deutschen Boden wieder zu erschließen und sie mit diesem dauernd zu verbinden. Es schließt jeden Bodenwucher u. jeden Bodenhandel grundsätzlich aus. Daher empfiehlt sich beim Bau von Einzelhäusern zu Kleinwohnungs- und Siedlungszwecken die Eintragung des Reichsheimstättenvermerks. Das gilt vor allem für die Gemeinden, die in erster Linie Träger des Heimstättengedankens sein sollten. Eine der Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengesetz jagt wörtlich: „Wer eine Heimstätte erwerben will, hat sich zunächst an seine Wohnsitz- oder Aufenthaltskommune zu wenden, die in erster Reihe dazu berufen ist, in ihrem Gebiete Heimstätten anzulegen und als Ausgeberin zu betreten.“

Mittlere und kleinere Städte sowie auch Landgemeinden sollten sich weit mehr, als das bisher geschehen ist, mit der Ausgabe von Heimstätten beschäftigen und den Heimstättenbau von Gemeinde wegen fördern. Die Hauszinssteuerhypotheken erleichtern das heute außerordentlich, besonders dort, wo, wie in den mittleren und kleineren Städten und in den Landgemeinden Ein- und Zweifamilienhäuser mit Gartenland gebaut werden können. Wo die Gemeinden auf ihrem eigenen Boden derartige Kleinhäuser errichten, sollten sie sie auch regelmäßig zur Heimstätten machen. Denn durch das Reichsheimstättengesetz soll das Haus der Familie als unverlierbares Eigentum erhalten werden. Wird es verkauft oder fällt in fremde Hände, so wird der Heimfallanspruch der ausgebenden Gemeinde wirksam. Dadurch werden diese Grundstücke der Spekulation ganz und gar für immer entzogen. Eine Zwangsvollstreckung gegen den Eigentümer wegen persönlicher Schulden ist ausgeschlossen.

Unterhaltungskosten der Volksschulen

Nach einer Mitteilung des Kultusministeriums betragen die laufenden Volksschulkosten Preußens jährlich 685 Millionen Reichsmark. Das sind, auf den Kopf des Kindes berechnet, je 166 Reichsmark jährlich. Davon trägt der Staat 84 Reichsmark, also ungefähr die Hälfte, den Rest die Gemeinde. Im Jahre 1911 betragen die laufenden Volksschulkosten Preußens nur 420 Millionen Mark oder für jedes Volksschulkind 64 Mark. Die Kosten, die der Allgemeinheit durch ein Volksschulkind erwachsen, sind also seit der Vorkriegszeit auf mehr als das Zweifache gestiegen.

Das ständige Wirtschaftskomitee des Völkerrubik hat seine 25. Tagung abgeschlossen. Zur Kohle- und Jüderfrage wurde eine vorläufige Untersuchung beschlossen, die die einzelnen Mitglieder des Komitees nach bestimmten Richtlinien in ihren Ländern vornehmen sollen, um dem Komitee in seiner nächsten Tagung ein Bild darüber zu geben, wie sich diese Probleme in ihren Ländern darstellen. Die Arbeiten zur Vereinheitlichung der Zollnomenklatur wurden auf der abgelaufenen Tagung weiter gefördert. Der nunmehr vorliegende Entwurf wird den Regierungen zur Rückäußerung zugestellt. In bezug auf die veterinären Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von Vieh und Fleisch ist das Komitee der Meinung, daß diese Maßnahmen zwar ausreichend wirksam sein sollen, daß sie aber auch nicht den Vorwand zu einem verheerenden Protektionismus finden dürfen.

Baron Jörn von Bulach begnadigt? Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Paris: Der Präsident der Republik hat auf Vorschlag des französischen Justizministers Barthou den Baron Jörn von Bulach begnadigt. Jörn von Bulach hat das Gefängnis in Straßburg wieder verlassen.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat. Der demokratische Nationalkonvent hat das Parteiprogramm angenommen und dem Gouverneur von New York, Smith, zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Dollarleihe der Kantingregierung. Aus Schanghai wird dem „Daily Telegraph“ berichtet, der nationalistische Finanzminister habe sich von der Kanting Regierung die Ermächtigung geben lassen, eine Anleihe von neun Millionen Dollar zu acht Prozent Verzinsung aufzulegen, die durch die Zollzuschläge von 2,5 Prozent garantiert werde, die in Tientsin erhoben werden. Die Rückzahlung soll in dreißig Monatsraten vom nächsten Oktober ab erfolgen. Das Amortisationskomitee besteht nur aus Chinesen.

Todesstrafe im Schacht-Prozess beantragt. Der Staatsanwalt beantragte für die Ingenieure Veresowski, Kalganow, Wassiljew, Suschikowski und Bojarinow, sowie die Techniker Andrej Kolobub und Alexander Nestrasow und für Lubny die Todesstrafe, gegen 20 Angeklagte verurteilte Gefängnisstrafen, gegen 3 Angeklagte bedingte Verurteilung.

Einführung der Todesstrafe für Verschwörer in Japan. Der geheime Rat stimmte nach längerer Debatte mit 18 gegen 5 Stimmen der Abänderung des Gesetzes zum Schutze des Staates zu, das die Todesstrafe für Personen, einführt, die sich der Verschwörung gegen die Verfassung schuldig machen.

Familientragödie in Wandsbek. Am Donnerstag wurde eine Familie, bestehend aus dem Ehepaar und drei Kindern, mit durchschnittenen Pulsadern aufgefunden. Die fünf Verletzten wurden in besinnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Die Gefangenenbefreiung von Moabit vor Gericht. Das Schöffengericht Berlin fällt am Donnerstag nachmittag das Urteil gegen zwei Teilnehmer in dem Brandstreich, der die Befreiung des kommunistischen Führers Braun aus dem Gefängnis zur Folge hatte. Der Angeklagte Philipp wurde wegen vorsätzlicher Gefangenenbefreiung zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten und zwei Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Für den Rest der Strafe wurde ihm Bewährungsfreit in Aussicht gestellt. Der Angeklagte Seifert wurde freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß bei dem Strafmaß berücksichtigt wurde, daß Philipp anscheinend nicht die Führerrolle in dem Befreiungsplan gehabt habe, sondern sein Idealismus von anderer Seite ausgenutzt worden ist; ferner auch, daß der Angeklagte nicht von eigentlichen Motiven sich habe leiten lassen. Das Gericht habe frei von allen politischen Erwägungen die Tat zu betrachten gehabt und danach auch zu urteilen. Während der Verhandlungen hatten sich vor dem Gerichtsaal große Massen der Parteimitglieder der Angeklagten auf- und abgewegt. Von Zeit zu Zeit fuhrn dichtbesetzte Autos vorbei, deren Insassen vor den Fenstern des Verhandlungsraales Hoch- und Niedertrufe ausbrachten.

„Bühnenfestspiele Bayreuth 1928.“ Da Emmy Krüger auf ärztliches Geheiß die Sommermonate zu einer Kur benötigen muß, wird Frau Ranny Karfen-Lobson außer Brünnhilde auch noch die Darstellung der Isolde übernehmen. Es werden sich die Rollen nun folgendermaßen verteilen: Ranny Karfen-Lobson: Isolde und Brünnhilde, Frieda Leiber: Kundry, und Brünnhilde und Ranny Trundt: Sieglinde und Kundry. Die Proben der Solisten, des Orchesters und des Chors haben begonnen. Am 19. Juli ist die erste Aufführung (Trifan und Isolde).

Badischer Teil

Badischer Landtag

28. Juni

In der Nachmittagsitzung wird in der Abstimmung über die einzelnen Abschnitte des

Budgets der Volksschule

fortgeführt. Die Abg. Hofmeier (Dem.) Rüdert (Soz.) und Dr. Schöfer (Ztr.) nehmen sich der Wünsche der Retoren an, denen bei nächster Gelegenheit Rechnung getragen werden möchte. Der volksparteiliche Antrag, schon jetzt eine Erhöhung der Stellenzahl auf 68 vorzunehmen, findet keine Mehrheit.

Die Anforderung: „Staatsbeiträge an bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten wird in der früheren Höhe von 150 000 Reichsmark belassen.

Die kommunalistischen Anträge zum Volksschulwesen werden sämtlich abgelehnt. Soweit sie den schulfreien 1. Mai und statistische Erhebungen über die sozialen Verhältnisse der Eltern betreffen, stimmen auch die Sozialdemokraten zu.

Zum Fortbildungsschulwesen spricht Abg. Haebler (Soz.), der auf die Schwierigkeiten der Berufsgliederung in den Städten hinweist und eine Weiterentwicklung der Fortbildungsschulen in der Richtung von Berufsschulen wünscht.

Abg. Hertle (Dnt.) erinnert an die Widerstände gegen das Fortbildungsschulgesetz, die in den finanziellen Erschwerungen begründet waren.

Aus der Mitte des Hauses geht ein Antrag ein, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.

Die übergroße Mehrheit stimmt sofort zu.

Die Abg. Kläiber (Wirtsch.), D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.), Maier-Heidelberg (Soz.) und Feinsmann (Ztr.) stellen fest, daß die Fortbildungsschulen heute auf dem Lande erfreulichen Anlauf finden und sich gut behaupten.

Für Förderung der Jugendpflege schlägt der Ausschuss eine Erhöhung der ordentl. Etatposition um 3000 RM auf 43 000 RM vor. Das Haus stimmt zu.

Die Abg. Großhans (Soz.) und Dr. Wolfhard (Dem.) lenken dabei den Blick auf das großzügige und gescheiterte Jugendbergschulwesen in Baden.

Abg. Behringer (Dnt.) bittet, darauf zu achten, daß die Badischen Lichtspiele zu keiner Konkurrenz für das Kinogewerbe werden.

Die rechtlichen Anforderungen im ordentlichen und außerordentlichen Etat passieren ohne Debatte, ebenso eine große Reihe von Einnahmepositionen.

Bei § 71 — Gewerbeschulen — stellt Abg. Burtzard (Dem.) mit Genehmigung fest, daß sich dieser Schulzweig den modernen Anforderungen angepaßt habe. Zu wünschen wäre, daß die Gewerbeschulen eine engere Verbindung mit dem Handwerk und seinen Organisationen suchten, wie es erfreulicherweise bereits die gewerblichen Fortbildungsschulen getan hätten. Der Rest des Einnahmetats wird debattelos erledigt.

Damit ist das Unterrichtsbudget, soweit es zur Beratung stand, genehmigt.

Alle dazu gestellten und bereits mitgeteilten Ausschussanträge werden angenommen.

Nächste Plenarsitzung Mittwoch, den 4. Juli, nachm. 1/4 Uhr Tagesordnung: Kultus, sowie Wissenschaft und Kunst.

Schluß 1/2 Uhr.

Öffentliche Sitzung des Badischen Landtags am Mittwoch, 4. Juli

Die Tagesordnung lautet: I. Mitteilung der Eingänge. II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1928 und 1929, und zwar Hauptabteilung V Ministerium des Kultus und Unterrichts. Ausgabe Titel I: Kultus (Druck, 53 e), Berichterstatter Abg. Rüdert; Ausgabe Titel IV und Einnahme Titel II: Wissenschaften und Künste (Druck, Nr. 53 e 1), Berichterstatter Abg. Dr. Marum, samt einschlägigen Anträgen und Gesuchen.

Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzengüchter

Am vergangenen Samstag fand auf dem Betriebe der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer in Rastatt eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des Vereins badischer Pflanzengüchter statt. In dieser Sitzung wurde u. a. bei der Abwägung des Programms die Frage der Mitgliedschaftsbeibehaltung des Vereins bei der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzengüter lebhaft erörtert. — Bei Besprechung der übrigen Punkte trat das Vorstandsmitglied Schmid, Tennenbrunn auf das lebhafte für die Jugendarbeit im Lande, besonders im Schwarzwald und im badischen Oberland, ein. Er betonte, daß die Aufgabenstellung der Badischen Landwirtschaftskammer in der Unterstützung ihrer Arbeiten, welche doch von der ganzen badischen Landwirtschaft, besonders von den Landwirten der betreffenden Gegend mit Interesse verfolgt werden, auf keinen Fall beschränkt werden dürfe. Der geschäftsführende Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer wurde beauftragt, bei der maßgebenden Stelle in diesem Sinne für die Jugendarbeiten einzutreten. Der Vorsitzende des Vereins schloß die Sitzung gegen 1/2 Uhr nachmittags.

Im Anschluß daran wurde der Betrieb der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer mit Saatgut- und Gutsabteilung besichtigt. Vor allem interessierte die in diesem Jahre neu aufgenommene Abteilung für Grünland- und Grasfemengüchter.

Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe

In der unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Konsul Nicolai, abgehaltenen Vollversammlung hat die Handelskammer für das aus der Kammer ausgeschiedene Mitglied, Fritz Wadher, Ettlingen, Kaufmann Friedrich Karl Schimpf in Ettlingen als Mitglied mit Amtsdauer bis zur nächsten Neuwahl berufen. Alsdann nahm die Kammer Kenntnis von der Rechnungsablage für das Jahr 1927, für die sie dem Vorstand und der Geschäftsführung der Kammer einstimmig Entlastung erteilte. Auch der Voranschlag der Kammer für das Jahr 1928 fand in der vorgeschlagenen Höhe die Genehmigung der Vollversammlung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Beitragssatz nicht über 5 Pf. hinausgeht. Die Kammer nahm alsdann noch Kenntnis davon, daß der Landesverband Badische Heimat e. V. in Freiburg, anlässlich seiner diesjährigen Tagung in Karlsruhe, ein Jahresheft Badische Heimat: „Die Landeshauptstadt Karlsruhe“ herausgibt dessen Erscheinen nur wärmstens unterstützt werden könne.

Aus dem Karlsruher Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß hat in seiner getrigen Sitzung den zur Förderung des Wohnungsbauwesens im Jahre 1928 zur Verfügung stehenden Kapitalbetrag von 3 600 000 RM um 1 150 000 RM erhöht.

Krankenkassen Tagung

Nürzlich trat in Oberbach die 32. ordentliche Landesversammlung der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen zusammen. Diese Vereinigung umfaßt 420 000 Krankenkassenmitglieder und ist weitauß der stärkste Krankenkassenverband in Baden. Sie ist auch der Landesverband Baden des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. In der geschlossenen Mitgliederversammlung am Samstag nachmittag, die von dem Vorsitzenden, Berko, Pforzheim, geleitet wurde, wurden nach einem eingehenden Geschäfts- und Kassenbericht des Geschäftsführers, Graf, Pforzheim, Verbandsfragen behandelt. Zur Erwerbung einer Geschäftsstelle für Pforzheim wurde grundsätzlich die Zustimmung erteilt. Ferner wurden Satzungsänderungen beschlossen und der Gesamtvorstand neu gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Freiburg i. Br. bestimmt.

Tagung des Badischen Kriegerbundes

Der Landesabgeordnete des Badischen Kriegerbundes hat am 10. Juni in Oberbach stattgefunden, und war von den Abgeordneten aus den 58 Gauen des Landes, einschließlich des Schweizer Vertreters, voll besetzt. Die Tagesordnung umfaßte 18 Punkte, die in fünfstündiger Sitzung erledigt wurden. Besonders hervorzuheben sind: 1. Feststellung der Mitgliederzunahme von 106 006 im Vorjahre auf 109 342 im abgelaufenen Berichtsjahr. 2. Übernahme der Badischen Kriegerzeitung ab 1. 7. 1928 in eigener Regie. Die Drucklegung ist der Firma G. Braun, Karlsruhe, übertragen worden. 3. Beachtliche Anwohnen der bei den Versorgungsstellen des Bundes in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Konstanz zu leistenden Arbeit, die Einstellung erheblicher Hilfskräfte bedingte. Das verlossene Geschäftsjahr brachte ferner eine Zunahme der erfolgreich vor dem Versorgungsgericht vertretenen Fälle mit sich. 4. Für die Betätigung des Kleinfabrikbesitzers werden die vom Präsidium erlassenen Richtlinien gutgeheißen. 5. Das Unterhaltswesen hat an Umfang gegenüber den Vorjahren erheblich zugenommen. 6. Der nächstjährige Landesabgeordnete findet in Staufen statt. 7. Eine Reihe von Satzungsänderungen fanden den Beifall der Abgeordneten. 8. Als letzter Punkt der Tagesordnung fand die fassungsmäßig alle vier Jahre vorzunehmende Neuwahl des Gesamtpresidiums und des Bundesauschusses statt. Der Präsident, Generalmajor a. D. Illmann, wurde wiedergewählt. Das Gesamtpresidium und der Bundesauschuß wurden durch Zuwahlen ergänzt.

Bezirksberufskonferenz des Deutschen Musikerverbandes

Am 6. Juni tagte in Frankfurt a. M. eine Bezirksberufskonferenz der Musiklergruppe des Deutschen Musikerverbandes, zu welcher Vertreter aller namhaften Orte des Bezirks Süd (Hessen-Nassau, Hessen-Baden, Württemberg) erschienen waren. Die Berichte der Delegierten erwiesen von neuem die Notwendigkeit behördlicher Regelung der unzulässigen Zustände innerhalb des Musikunterrichtswesens. Nachdem der Reichstag am 2. Mai 1925 den Anfang gemacht hat, gab nunmehr auch die badische Regierung eine Musiklehrerprüfungsordnung heraus. In der praktischen Durchführung dieser Verordnungen bleiben jedoch noch manche Wünsche offen. Es wurde allgemein gefordert, daß das Reich aus dem § 142 der Reichsverfassung die Folgerungen zieht und alle kulturellen Fragen in geeigneter Form und in engem Kontakt mit den Musikerverbänden geregelt. Insbesondere wurde wieder lebhaft Klage geführt über die unzulässige Konkurrenz der lebenszeitlich geschiedenen Beamten, die trotz bestehender Verfügungen das ihnen zustehende Maß an Nebenbeschäftigungen (z. B. die Lehrer 6 Stunden pro Woche) dauernd und sehr erheblich überschreiten, wobei die Musiklehrer und Chordirigenten, die doch wirtschaftlich völlig ungesichert sind, aufs schwerste schädigen. Allgemein wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß alle Behörden und Organisationen den Ernst des Kampfes der Berufsmusiker endlich erkennen und ihren sozialwirtschaftlichen und auch kulturellen Forderungen ihre Unterstützung zukommen lassen.

Der Zusammenbruch der Rheinischen Handelsbank

ld. Mannheim, 26. Juni. Vor dem hiesigen Großen Schöffengericht kam der Zusammenbruch der Rheinischen Handelsbank zur Verhandlung. In der Verhandlung wurden die Geschäfte der Videakartei eingehend beleuchtet, die wohl eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs darstellt, denn durch den Konkurs der Videakartei war die Handelsbank um etwa 120 000 RM geschädigt worden. Der Leiter der Videakartei, der verheiratete Kaufmann Ludwig Friedrich aus Schneeburg und der Landwirt Hermann Koch aus Heidelberg, sowie der Buchhalter Anton Rißner hatten sich wegen ihrer Machenschaften zur Vernehmung ihres Kredits bei der Bank zu verantworten.

Friedrich gründete im Jahre 1925 das Geschäft. Zweck der Gesellschaft war, Herstellung und Vertrieb einer Sichtkartothek nach amerikanischem Muster. Das Unternehmen kam aber infolge ungenügender Finanzierung nicht vorwärts. August 1926 trat der Sohn des verstorbenen Direktors der Rheinischen Handelsbank in das Unternehmen als Kompagnon mit 30 000 RM Einlage ein. Friedrich und Koch suchten nun mit unredlichen Mitteln sich über Wasser zu halten. Sie fälschten — der Buchhalter ist der Mithilfe angeklagt — im ganzen 84 Tratten. Die Handelsbank sah sich dadurch veranlaßt, einen Kredit von 118 765 RM zu gewähren, was zu dem Zusammenbruch der beiden Unternehmen führte. Friedrich erhielt ein Jahr Gefängnis, Koch neun Monate, beiden wurden drei Monate Untersuchungshaft angerechnet, Rißner wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Gemeinde-Rundschau

Strafen ohne Fußgänger. Mehr und mehr erweist es sich als notwendig, dem Kraftwagen seine eigene Straße zu geben, die Autofahrer, die den Fußgänger vor dem Autofahrer und den Autofahrer vor dem Fußgänger schützt. Während in dieser Frage das Referat des Automobilverkehrs, Amerika. Es hat schon eine ganze Reihe solcher Wustestrassen, von denen in Nr. 26 der „Königlichen Illustrierten Zeitung“ allerlei gezeigt und erzählt wird.

Der Bürgerausschuß von Säckingen genehmigte den Ankauf des Trompeterschiffchens zum Preise von 150 000 RM unter den Bedingungen, wie sie der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Ferner stimmte er auch der Erwerbung des Anwesens der Frau A. Wally Wiv., zum Preise von 130 000 RM, zu. Hier sollen einstweilen vier bis fünf Klassen des Realsgymnasiums untergebracht und später das Anwesen zu einem vollständigen Schulhaus erweitert werden. Zur Deckung der Zinslasten wird der für die schweizerischen Milchfrankenschulden im Voranschlag eingelegte Betrag von 28 000 RM verwendet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die „Deutsche Flugspende“ die zu Ehren der Transoceanflieger vom Deutschen Luftfahrverband e. V. eingeleitet worden ist, ist durch gemeinsamen Beschluß mit dem Beiträge von 50 000 Reichsmark eröffnet worden. Die „Deutsche Luftspende“ soll bekanntlich der Förderung sportlicher Flüge, zur Ausschreibung von Preisen und zur Fortbildung besonders begabter, aber unbemittelter junger Sportflieger dienen. Der Gedanke der „Deutschen Luftspende“ hat weiteste Zustimmung gefunden.

Die 4. diesjährige Tagung des Schwurgerichts beginnt am Mittwoch, den 4. Juli, vormittags 9 Uhr, mit der Anlage gegen den Schuhmacher Franz Zipperle aus Untergrömbach und den Schuhmacher Jakob Schönberger aus Bruchsal wegen Brandstiftung. Nachmittags folgt die Meineidsverhandlung gegen den Metzger Otto Schneider aus Pforzheim. Am Donnerstag ist Verhandlung gegen den Dreher Otto Weller aus Gaggenau wegen Mordversuch angesetzt. Am Freitag, den 6. Juli, wird gegen den Händler Simon Levy aus Epping und den Postinspektor Heinrich Williger aus Konstanz wegen Meineids resp. Anstiftung dazu verhandelt.

Heimatabende erfreuen sich in Karlsruhe ganz besonderer Beliebtheit. Bei solchen Abenden ist auch immer die Pfalz vertreten, meist in der Person des in Karlsruhe ganz besonders beliebten Heimatdichters Heinrich, noch besser bekannt unter dem volkstümlichen Namen „Vellemer Heiner“. Pfälzer Sinn und Pfälzer Art soll auch bei der vom 1. bis 15. Juli in der Städtischen Ausstellungshalle stattfindenden Ausstellung „Die Pfalz“ seinen Platz finden. Die Ausstellungsleitung wird am Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Juli, je einen Heimatabend, verbunden mit Tanzveranstaltungen, bei dem sowohl der Vellemer Heiner wie auch Fräulein Zettler aus Ludwigs-hafen, die getreue Interpretin von Lina Sommer mitwirken werden. Die Veranstaltung findet in der geräumigen Wein-stube statt, wo gute Pfälzer Weine gereicht werden.

60 jähriges Buchdruckerjubiläum Am 11. Juli 1928 sind es 60 Jahre, daß sich in Karlsruhe eine größere Zahl Buchdruckergehilfen vereinigte, um sich als Unterverein dem während der Pfingstfeiertage des Jahres 1866 in Leipzig gegründeten „Deutschen Buchdruckerverband“ anzuschließen. Die Feier des 60 jährigen Bestehens selbst wird durch ein Festkonzert mit anschließ. Ball am Vorabend, 30. Juni 1928, im großen Festballsaal abgehalten. Im Mittelpunkt dieses Abends wird durch einen Sprechchor, der aus Kollegen und Lehrlingen zusammengestellt ist, eine Guldigung Gutenbergs stattfinden, die von dem langjährigen Kollegen Jakob Albrecht verfaßt ist. Der Festakt wird im Colosseum am Vormittag des 1. Juli vor sich gehen, zu dem der zweite Verbandsvorsitzende Otto Krauß, Berlin, die Festrede halten wird und auch schon eine Anzahl auswärtiger Vereine und Delegationen ihr Erscheinen zugesagt haben. Nachmittags wird im Hardtmald auf dem heiligen gelegenen Platz der Freien Turnerschaft Karlsruhe das Bezirks-Johannisfest stattfinden. (Siehe Anzeige.)

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der hohe Druck ist jetzt ganz über das Festland ausgebreitet. Sein Kern liegt bereits östlich von uns. Bei heiterem Wetter und schwacher Luftbewegung wird es daher tagsüber zu starker Erwärmung mit nachfolgenden Gewitterbildungen kommen. Wetterausblick für Samstag, den 30. Juni 1928: heiter, trocken und tagsüber sehr warm, gegen Abend Wärmegewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Heidelberg, 28. Juni. Der Bezirksrat Heidelberg faßte in seiner getrigen Sitzung den Beschluß, das Geschäft der Verrennmühle zum Bau eines Silos abzuschließen, da der Bau des Landschaftsbild des Schlosses und des Redarates beeinträchtigt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Stelle sich niemals zu einem Industrieviertel eigne. Der Bezirksrat hat sich damit dem Urteil des Stadtrates in der Kommission angeschlossen.

ld. Philippsburg, 28. Juni. Im Bahnhof Rheinsheim entgleiten heute mittag zwei beladene Wagen beim Rangieren des Güterzuges, wodurch beide Hauptgleise etwa 2 Stunden gesperrt waren. Der Verkehr wurde durch Umleiten geregelt. Die D-Büge 53 und 52 von und nach Münden erhielten eine Stunde, andere Personenzüge bis 2 Stunden Verspätung. Der Sachschaden ist unerheblich.

ld. Baden-Baden, 28. Juni. Am 15. Juli wird in Baden-Baden der 500. Geburtstag des Markgrafen Bernhard feierlich begangen werden. Markgraf Bernhard, der 1458 gestorben ist, wurde 1768 von der katholischen Kirche selig gesprochen. Er ist der Schutzheilige der Katholiken des Landes Baden. Am Festtage wird der Erzbischof von Freiburg in der Stiftskirche ein feierliches Pontifikalamt abfeiern. Außerdem wird der Bischof von Nottensburg anwesend sein. Am Nachmittag ist eine große Kundgebung der katholischen Jugendverbände geplant. Auf dem alten Schloß, der Geburtsstätte des seligen Bernhard, soll eine Bernhardskapelle eingeweiht werden. Endlich soll ein Festkommers der anwesenden katholischen Studentenverbindungen stattfinden.

ld. Bühl, 28. Juni. Die Erdbeerernte geht ihrem Ende entgegen. Wie der Acker- und Wälder-Vote von zuverlässiger Seite erfährt, sind ab Bahnhof Bühl im Verlaufe der Erdbeerernte insgesamt in Richtung Mittel- und Norddeutschland, Rheinland, Württemberg und Sachsen ungefähr 465 Waggons mit etwa 24 000 Zentnern Erdbeeren abgerollt. Das ist für die Bühler Gegend immerhin ein recht erfreuliches Ergebnis, zumal die Zweischgenernte in diesem Jahre sehr viel zu wünschen übrig lassen wird.

ld. Billingen, 29. Juni. In den Tagesnachrichten über die badische Schwarzwaldbahn Offenburg—Triberg—Konstanz D 156/D 157 Rheinland u. Frankfurt—Mannheim—Heidelberg—Karlsruhe—Triberg—Konstanz—Büsch verkehren neuerdings in den ganz sommerlichen Speisewagenkurven, die modernsten Fahrzeuge der Mitropa mit ihrem leuchtenden Farbenanstrich.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. Juni		28. Juni	
	Geld	Reich	Geld	Reich
Amsterdam 100 G.	163.49	163.83	163.34	163.68
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.25	111.96	112.16
Italien 100 L.	22.00	22.04	21.985	22.225
London 1 Pf.	20.393	20.433	20.378	20.418
New York 1 D.	41.810	4.1896	4.1790	4.1870
Paris 100 Fr.	16.41	16.45	16.42	16.46
Schwiz 100 Fr.	80.61	80.77	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.90	58.02	58.86	58.98
Brag 100 Kr.	12.39	12.41	12.386	12.406

Badisches Landestheater
 Spielplan vom 30. Juni bis 7. Juli 1928
 a) Im Landestheater:
 Samstag, 30. Juni. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Margarethe**. Oper von Gounod. 19½ bis gegen 23 (4 RM).
 Sonntag, 1. Juli. * E 30. Abschiedsvorstellung von Rudolf Weyrauch: **Der Waffenschmied**. Komische Oper von Lortzing. 19½ bis 22 (8 RM).
 Montag, 2. Juli. Keine Vorstellung.
 Dienstag, 3. Juli. * B 30. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. u. 2. Hälfte) Kleine Komödie. Von Siegfried Geber. 20 bis 22¼ (5 RM).
 Mittwoch, 4. Juli. 12. Vorstellung der Schülermiete: **Das Nürnbergsch Ei**. Schauspiel von Harlan. Plätze vom 2. Rang an sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 18½ bis 20¼ (5 RM).

Donnerstag, 5. Juli. Volksbühne 11. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19¼ bis nach 22 (5 RM).
 Freitag, 6. Juli. Volksbühne 11. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19¼ bis nach 22 (5 RM).
 Samstag, 7. Juli. * C 30. Th.-Gem. 1. und 2. S.-Gr. Zum ersten Male: **Rakitta**, 4. Mal. Schauspiel von Lion Feuchtwanger. 20 bis 22¼ (5 RM).
 b) Im Städt. Konzerthaus:
 Sonntag, 1. Juli. * Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält? Komödie von Maugham. 19¼ bis geg. 22 (4,10 RM). Das Landestheater bleibt vom 8. Juli bis einschließlich 7. September 1928 geschlossen.

Erste Vorstellungen nach den Ferien:
 Im Schauspiel: **Der Londoner verlorene Sohn**. Von Shakespeare (Erstaufführung).
 In der Oper: **Armida** von Gluck (Neueinstudierung).
 Die Bedingungen für Dauerbesuch — Jahresplatzmiete, Platzsicherung, Blockstiege —, die die außerordentlichen Vorteile dieser Einrichtungen aufweisen, sind erschienen und bei der Generaldirektion erhältlich.
Kartenverkauf:
 Vorverkaufsstelle des Bad. Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Freig Müller, Ede Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 141. — Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Statt Karten. Danksagung.
 Anlässlich des Heimgangs meines lieben Mannes sind mir und den übrigen Leidtragenden so viele Beweise aufrichtiger, herzlichster Teilnahme zugegangen, daß es uns leider nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Ich spreche daher allen denen, die mit lieben, teilnehmenden Worten, herrlichen Blumen- und Kranzspenden, sowie durch ehrende Nachrufe unseres teuern Entschlafenen in Liebe und Treue gedacht und uns dadurch in unserem tiefen Leid Trost gewährt haben, auf diesem Wege herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank auch Herrn Finanzinspektor A. Heller für sein seelenvolles, erhebendes Cellospiel.
 Im Namen aller Hinterbliebenen:
 Frau Mina Stüch Wwe. 724

Lesen Bücher Wissen ist Macht!

AUSSTELLUNG KARLSRUHE DIE PFALZ
 STADT. AUSSTELLUNGSHALLE 1.-15. JULI 1928
 Eintrittspreise: 50 Rpf., Kinder und Schulen die Hälfte, Dauerkarten 2 RM. 722

Gehen Sie nicht in die Sommerfrische
 ohne sich vorher mit geeignetem Schuhwerk zu versehen. Alterprobt Neubert's Normalschuhe geben Ihnen Gewähr für das Richtige! 721
 Sie sind von wunderbaren Paßformen: feinsten und hygienischer Ausführung u. unverwundlich. Qualität. Auch elegante Sachen. Fast unerschöpflich. Auswahl in Stiefeln und Schuhen für Damen, Herren und Kinder.
Reformhaus Neubert
 Karlsruhe i. B., Karlstraße 29a

Buchdruckerverband/Bezirk Karlsruhe
60 jährige Gründungsfeier
 Samstag, 30. Juni 1928, abends 7½ Uhr in der Festhalle **Festkonzert mit Ball**
 unter Mitwirkung des Buchdrucker-Gesangsvereins Typographia, der vollständigen Polizei-Kapelle, der Tanzschule Metten-Leger u. eines Sprechchors aus Berufsangehörigen
 Sonntag, 1. Juli 1928, vormittags 10 Uhr im Colosseum **Festakt**
 unter Mitwirkung der vollständigen Polizeikapelle und der Kollegen-Gesangsvereine Typographia Karlsruhe, Gutenberg Pforzheim und Gutenberg Ludwigsbafen. Festredner: Kollege Otto Kraus, Berlin
 Nachmittags 1½ Uhr vom Festballplatz **Festzug nach dem Platze der Freien Turner**
 wofür das **Bezirks-Johannisfest**
 Vokal- und Instrumental-Konzert — unter Mitwirkung des Musikvereins Karlsruhe, der Kollegengesangsvereine, der Freien Turner, des Arbeiteradlerbundes, Solidarität Karlsruher. Für Unterhaltung für jung und alt ist bestens gesorgt: für das leibliche Wohl steht Milch, Limonade, auch der bekannte vorzügliche Stoff Maninger zur Verfügung: in Schwarz zu billigen Preisen. Für die Erheiterung der Jugend werden Wettläufe und Kinderspiele veranstaltet. Hierzu sind unsere Mitglieder und die Einwohnerschaft von Karlsruhe herzlich eingeladen.
 Eintritt für das Festkonzert Mitglieder frei; Nichtmitglieder: Herren 3.00 Mk., Damen 2.00 Mk., einschließlich Ball. Zu dem Festakt im Colosseum haben nur Mitglieder und geladene Gäste Zutritt. Zum Johannisfest ist der Zutritt für jedermann unentgeltlich.
 Kartenverkauf: in der Volksbuchhandlung und auf dem Buchdruckerbüro Schützenstraße 10; im übrigen an der Abendkasse. Öffnung des Festballsaales 7½ Uhr.

Stellenangebot.
 Bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserallee 8, sind mehrere Stellen für **Verwaltungsobersekretäre** (Gruppe A 4 b der badischen Besoldungsordnung) zu besetzen. 727
 Jüngere Beamte des gehobenen mittleren Verwaltungsdienstes, welche die Obersekretärprüfung abgelegt haben und womöglich schon auf dem Gebiete der Sozialversicherung tätig waren, wollen ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes alsbald bei uns einreichen.
 Der Vorstand
 der Landesversicherungsanstalt Baden.
Gesucht:
Badischer Geometer oder Vermessungsingenieur für die selbständige Bearbeitung größerer Fortführungs- und Bauplanumlegungen. Bei Bewährung Geschäftsbeteiligung möglich. Angebote mit Gehaltsforderungen, Angabe frühesten Eintrittsmöglichkeit und seitheriger Tätigkeit erbeten an **Max Rümmele**, vereid. Geometer
 Technisches Büro für Vermessung und Tiefbau
 Mannheim A 4, 5. 726

Das **gute Bild** 41
 die geschmackvolle Photo- und Bilder-Einrahmung finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft **E. BÜCHLE** W. BERTSCH
 Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padewet-Geigenhaus

Öffentliche Verbandsspartasse Randern (Baden)
Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen:	Rh	Verbindlichkeiten:	Rh
1. Verwaltungsgebäude . . .	22 500,—	1. Guthaben der Einleger:	
2. Darlehen auf Hypotheken . . .	286 852,96	a) Spar- und Depositen	
3. Grundstückaufgelde . . .	84 051,26	Einlagen	550 711,70
4. Darlehen auf Schuldschein . . .	239 614,58	b) Giro-Einlagen	40 075,65
5. Guthaben bei Banken, Girozentralen und beim Postfachamt . . .	24 171,53	2. Anlehensschulden	73 612,51
6. Einnahmerückstände . . .	26 775,06	3. Ausgaberrückstände	1 368,21
7. Kassenborrat	4 298,67	4. Rücklagen:	
8. Gerätschaften	2 500,—	Reservefonds	21 690,84
		5. Reingewinn vom Jahre 1927	3 305,15
			3 305,15
	690 764,06		690 764,06

Bad. Beamtenrententasse Karlsruhe i. B.
Einladung.
 Unsere verehrten Mitglieder werden hierdurch zu dem am **Sonntag, den 29. Juli 1928, vormittags 10 Uhr,** im Hause des **Badischen Beamtenbundes** zu Karlsruhe, **Novak-Platz 19** (oberer Saal) stattfindenden **ordentlichen Mitgliederversammlung** eingeladen, mit der Bitte um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1927/28.
 2. Rechnungsbericht.
 3. Bericht der Rechnungsprüfer.
 4. Neuwahl des Vorstandes und des Mitgliederausschusses.
 5. Sonstiges.
 Der Vorstand.
 Marthe Weiner
 Siebel Straß
 Brandner Wöfer
 Länge einstudiert von Edith Wielefeld
 Anfang 19½ Ende geg. 23 I. Rang und I. Sperrst. 4 Rh.
 Sonntag, 1. Juli: **Der Waffenschmied**
 Im Konzerth.: Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält? — Montag, 2. Juli: **Keine Vorstellung**
 Ihren Umgang betr. Brauchen Sie **Möbelwagen?**
 64
 Bad. Lagerhaus Offenburg
 Besitzer: Willy Wagner
 fragen. Erschl. bestempf. zuverf. Möbelspedition-Unternehmen.

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen usw.
 vertilgt radikal
 Garantie und billige Berechnung 533
Fr. Höllstern, Karlsruhe
 Herrenstr. 5, Zähringerstr. 7011 und Nutstr. 10
 Telefon 5791

Möbel 672
 Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen
 einzelne Möbelstücke in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
 Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
 Kein Laden, daher billigste Preise

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Berechnung der Rücklage:
 Die jahungsgemäße Rücklage soll betragen:
 8% aus der Summe der Guthaben der Einleger somit aus 550 711,70 Rh = 47 263,— Rh
 Dieselbe beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 24 985,99 Rh
 somit fehlen = 22 277,01 Rh
 Randern, den 25. Juni 1928.
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsleiter:
 Gch. Bürgermeister. Laß.

Badisches Landestheater
 Samstag, 30. Juni 1928
 Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen **Margarethe**
 von Gounod
 Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
 In Szene gesetzt von Otto Krauß
 N.340 Faust Rentwig
 Nephthopheles Vogel
 Valentin Weyrauch
 Margarethe Seiberlich

Elegante Frühjahrsanzüge in tadelloser Paßform und Qualität von 45 RM. an **Alfred Hirschen** nur am Ludwigsplatz 554